

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 21 (1941-1942)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Was ist rentabel?  
**Autor:** Walter, Emil J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-334271>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Was ist rentabel?

Von Emil J. Walter

Die klassische Nationalökonomie trat leidenschaftlich für die liberale Wirtschaftsordnung ein, weil sie der Meinung war, durch die freie Konkurrenz sei die volkswirtschaftlich *wirtschaftlichste* Sicherstellung der Gütererzeugung gewährleistet. Mit andern Worten, die freie Konkurrenz gleichberechtigter Produzenten senke den Marktpreis so tief, als dies bei den gegebenen technischen Produktionsbedingungen überhaupt möglich sei. Damit werde automatisch die reichste überhaupt mögliche Güterversorgung der Gesellschaft sichergestellt. Ob eine Produktion wirtschaftlich sei, ergebe sich dabei aus der Tatsache der Realisierung eines Ueberschusses des Verkaufspreises über die Produktionskosten, d. h. aus der Tatsache der Realisierung eines Unternehmergewinnes.

Indessen bietet die kapitalistische Wirtschaftskrise Veranlassung, scharf zwischen *privater* und *volkswirtschaftlicher Rentabilität* zu unterscheiden. Ein privater Unternehmer wird rationalisieren, wenn die Verzinsung und Amortisation der arbeitsparenden Maschinerie billiger ist als die durch die Rationalisierung eingesparte Lohnsumme. «Aber die durch diese Ersparnis entbehrlich gewordenen Arbeiter werden arbeitslos.... Die Gesellschaft muß die Arbeitslosen unterhalten, damit sie arbeitsfähig bleiben. Sie erhalten Arbeitslosenunterstützung. Schließlich finden sie Arbeit. Aber sie müssen Arbeit in andern Betrieben, Berufen, Orten nehmen. Dies erfordert Anlernungskosten. Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Produktionskostenrechnung ist die technische Umstellung nur dann vorteilhaft, wenn durch sie die gesellschaftlichen Gesamtkosten gesenkt werden, also nur, wenn die Ersparnis an kapitalistischen Kosten größer ist als der gesellschaftliche Aufwand für die Erhaltung, Umlernung und Umsiedlung der durch die technische Umstellung arbeitslos gewordenen Arbeiter.» («Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg», I. Band, von Otto Bauer. Wien 1931. S. 171.)

Eine privatwirtschaftliche Rationalisierung ist vom gesellschaftlichen Standpunkte aus sehr oft eine *Fehlrationalisierung*. Der Mechanismus des kapitalistischen Konkurrenzkampfes führt so nicht zu einer Steigerung, sondern zu einer Senkung der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit. Die planlose Investition von Kapitalien in der Wirtschaft, der vorzeitige «moralische Verschleiß» der Maschinerie senkt den volkswirtschaftlichen Ertrag der nationalen Arbeit. Aber auch heute noch beherrscht das Schlagwort vom «kostspieligen» Staatsbetrieb und der billigeren, leistungsfähigeren Privatwirtschaft die Köpfe. Ja, die Migros-partei der Unabhängigen verdankt ihre Werbekraft in der Hauptsache der Wirksamkeit dieses Schlagwortes.

Schlagworte haben ein zähes Leben. Denn Schlagworte appellieren an tief verwurzelte Vorurteile. Ein solches von den interessierten Kreisen propagiertes Vorurteil ist das Vorurteil von den Vorzügen und den Leistungen der privaten Initiative. Und doch ist die schwerste Wirtschaftskrise aller Zeiten, die Krise der Jahre 1929—1935, nur möglich gewesen,

weil die privatwirtschaftlich durchgeführte und durch die Konkurrenz verallgemeinerte Rationalisierung gesellschaftlich betrachtet nichts anderes als eine Summierung von gewaltigen Fehlrationisierungen war. Dabei haben wir die politischen Fernwirkungen dieser verhängnisvollen Krise, den Sieg des Nationalismus und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges noch nicht einmal in Rechnung gestellt.

Das *Versagen der Privatwirtschaft, resp. des Rentabilitätsprinzipes* mag zunächst an einigen wichtigen Zweigen der schweizerischen Volkswirtschaft aufgezeigt werden, über welche in den letzten Jahren aufschlußreiche statistische Untersuchungen veröffentlicht worden sind. Am 5. Mai 1935 lehnte das Schweizervolk mit 487 169 Nein gegen 232 954 Ja eine relativ fortschrittliche Regelung des Problems «Schiene — Straße» durch ein besonderes «*Verkehrsteilungsgesetz*» ab. Das Schlagwort der Wirtschaftsfreiheit siegte über den vernünftigen Ausgleich der Interessen. Dr. Erwin Steiner veröffentlichte 1938 in der «*Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*» eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der eidgenössischen Statistik über die Güterbeförderung mit Motorfahrzeugen unter dem Titel: «*Feststellungen zur Wirtschaftlichkeit des Gütertransportes auf der Straße durch Motorfahrzeuge.*»

Darnach *vermochte im Jahre 1936/37 der Motorlastwagenverkehr die Forderung der Eigenwirtschaftlichkeit bei weitem nicht zu erfüllen*, trotzdem der Motorlastwagenverkehr die zusätzlichen Aufwendungen für Straßen in den letzten zwei Jahrzehnten im Betrage von 1,8 Milliarden Franken («*N. Z. Z.*» 3. III. 39) erst seit dem Jahre 1936/37 zu bloß etwa 50 Prozent in Form der Betriebsstoffzölle trägt: «*Die Totalbetriebskosten von gewerbsmäßigem Verkehr und Werkverkehr zusammen erreichen eine Summe von 109,77 Mill. Fr., die Betriebseinnahmen bzw. das Frachtwertaufkommen (einschließlich Einsparung für Verpackung etc.) einen Betrag von 89,77 Mill. Fr. Das ergibt ein Betriebsdefizit von 20 Mill. Fr. jährlich.* Dieses Defizit kam zustande, obschon die tonnenkilometrischen Beförderungsleistungen der gesamten Gütertransporte auf der Straße nur 17 Prozent derjenigen der Bundesbahnen im Tier- und Güterverkehr des Jahres 1936 ausmachen.»

Der gewerbsmäßige Verkehr weist ein Defizit von rund 3 Mill. Fr. auf, das sind fast 10 Prozent der Betriebskosten (ohne Unternehmergewinn) von 29,6 Mill. Fr. Relativ größer ist das Defizit des Werkverkehrs (17 Millionen auf 80 Mill. Fr. Betriebskosten). «*Vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, muß aber dieser Aufwand als ungesund und untragbar beurteilt werden.... Zahlreiche Motorfahrzeughalter geben offen zu, daß der eigene Transportbetrieb höchst unwirtschaftlich sei und zu einer enormen Erhöhung der Unkosten führe.* Ebensooft kann man hören, *daß einzig und allein das Vorgehen eines einzelnen Unternehmers eine ganze Anzahl von Betrieben aus Konkurrenzgründen gezwungen habe, gleichfalls zum Transport mit eigenen Lastwagen überzugehen.*»

Das liberale «*laissez faire, laissez aller*» auf dem Gebiete des Verkehrswesens hat demnach zu einem volkswirtschaftlich sehr bedenklichen Ergebnis geführt. Trotz den großen Beträgen, welche dem Autoverkehr

aus den allgemeinen Steuern und Zöllen in Form des Unterhaltes und Ausbaues des Straßennetzes im Betrage von 78 Mill. Fr. jährlich abgenommen werden, schließt die Ertragsrechnung des Motorwagenverkehrs in der Schweiz mit einem *jährlichen Defizit* von 20 Mill. Fr. Und dies in einem Augenblicke, da durch die Konkurrenz des Autos die Ertragsrechnung der Bundesbahnen aus dem Gleichgewicht gebracht und so die ungesunde Belastung der Öffentlichkeit gesteigert wurde!

Ein Teil des im Ausbau unseres Straßennetzes angelegten Kapitals von rund 2 Milliarden Fr. ist vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus ebenso eine *Fehlinvestition* wie die starke Motorisierung der letzten Vorkriegsperiode. In der Hauptsache war diese Motorisierung bloß der Ausdruck eines gesteigerten Luxusbedürfnisses der bessergestellten Kreise: Das Auto wurde zum Standesmerkmal und zum Mittel der Hebung des persönlichen Kredites.

Eine ähnlich ungesunde Entwicklung liegt auf dem Gebiete des *Fremdenverkehrs* vor. Von rund 3 Millionen Uebernachtungen im Jahre 1871 stieg die Zahl der Uebernachtungen auf 21,9 Millionen im Jahre 1913, um diesen Höchststand seither nie mehr zu erreichen. (Nach Dr. A. Koller «Entwicklung und Umfang des Fremdenverkehrs in der Schweiz», Z. Schr. für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft. 1941.)

Trotzdem wurde das Hotelgewerbe auf ein Umsatzvolumen eingestellt, das seit 1913 nur in wenigen Jahren wieder erreicht wurde. Wie aus der bereits in der «Roten Revue» von uns besprochenen Arbeit von Dr. Hermann Gurtner: «Die Ertragswirtschaft der Kurorte und des Hotelgewerbes im Kanton Graubünden» (Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 1940) hervorgeht, wurde im Durchschnitt der letzten Jahre *knapp die Zinsleistung erwirtschaftet, «daß aber Amortisationen für Erhaltung und Erneuerung der Anlagesubstanz nie erarbeitet werden konnten»*. Ueber San Bernardino stellt Dr. Gurtner fest: vermögliche Bürger haben ihr anderswo erarbeitetes Geld in Hotelanlagen verbaut und müssen nun ausharren, solange der Substanzverzehr aufrechterhalten werden kann. In Davos ist die Umstellung von Sanatorien und Kurhotels auf Sportbetrieb der Entwicklung vorausgeeilt und hat die Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen verunmöglicht. In Bergün stand für die 17 000 Logiernächte im Jahre 1939 ein «Aufwand von Anlagegütern von 2,7 Millionen bereit, die Bewirtschaftung dieser Anlagegüter kostet im Jahr rund 282 000 Fr., der Gästebesuch bringt aber nur einen Umsatz von rund 238 000 Fr. ein». Jahr für Jahr werden also in Bergün «44 000 Fr. verwirtschaftet».

Noch auf zahlreichen andern Gebieten der schweizerischen Volkswirtschaft läßt sich die desaströse Wirkung der ungehemmten freien Konkurrenz demonstrieren, von der *Defizitwirtschaft der Kinotheaterbranche* (siehe z. B. Göttsheim Dr. E.: «Das Basler Kinogewerbe», Z. Schr. f. St. u. V. 1936), der *Uebersetzung des Detailhandels* bis zu der grundsätzlich verfehlten Verschleuderung des schweizerischen Volkvermögens durch unsere Großbanken auf dem Umwege über den hohe Vermittlerprovisionen einbringenden *Kapitalexport*.

Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um eine allge-

meine Zeiterscheinung, eine zwangsläufige Folge des erreichten Standes der wirtschaftlichen Entwicklung: Die privatwirtschaftliche Form der Wirtschaft gerät mit den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen in Widerspruch, die *Kapitalakkumulation verlangt nach zentraler, planmäßiger, bewußter Lenkung im Interesse der Nation.*

Die errechnete privatwirtschaftliche Rentabilität schlägt bei relativ hohen, festen Anlagekosten sehr leicht in eine volkswirtschaftliche Fehlinvestition um, weil der private Erfolg Einzelner im Zeitalter der ungehemmten Gewerbefreiheit und des rücksichtslosen Konkurrenzkampfes immer wieder zur Ueberkapitalisation und Ueberdimensionierung verleitet. Und bei hohen Anlagekosten können die Preise auch durch den schärfsten Konkurrenzkampf nicht unter einen gewissen Grenzwert herabgedrückt werden.

Mit andern Worten, die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen eindeutig und klar genug, daß die *angeblichen Vorteile des privatwirtschaftlichen Konkurrenzkampfes volkswirtschaftlich sehr schwere Nachteile aufweisen und die sog. privatwirtschaftliche Rentabilität volkswirtschaftlich sehr oft mit der Forderung der Eigenwirtschaftlichkeit in Widerspruch gerät.* Es sei in diesem Zusammenhang nur noch an das Versagen der privaten Bautätigkeit in Kriegs- und Notzeiten erinnert.

In den nächsten Jahren könnte die Gefahr des privatwirtschaftlichen Denkens, des Primates der sogenannten privatwirtschaftlichen Rentabilität zu einer großen Gefahr für unsere Wirtschaftspolitik werden, wenn nicht die Einsicht verbreitet wird, daß privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität sehr oft gegensätzlicher Natur sind. Wie wir schon in zwei Artikeln: «Winterheizung durch Sommerwärme» ausgeführt haben, steht in den nächsten Jahren das Baugewerbe vor einer schweren Krise. Die Bevölkerungsbewegung, die Vergreisung der Bevölkerung senkt den Bedarf an neuen Wohnungen. Auch wenn nicht mit direkten Kriegsfolgen zu rechnen wäre, müßte es in den nächsten Jahren immer schwieriger werden, das schweizerische Baugewerbe angemessen und ausreichend zu beschäftigen. Das schweizerische Straßennetz ist ausgebaut. Ja, vielleicht in viel zu weitgehendem Maße den Bedürfnissen des Automobilverkehrs angepaßt worden. Neubauten sind nur in beschränktem Maße zu errichten, da der Wohnungsbedarf prozentual zurückgeht. Die Bundesbahnen sind elektrifiziert. Andere öffentliche Bauvorhaben können, sobald der Festungsbau eingestellt werden kann, die Kapazität unserer Bauindustrie nicht mehr auch nur zur Hälfte beschäftigen. Soll eine neue schwere Krise unserer Bauwirtschaft vermieden werden, so sind *grundsätzlich neue Bauaufgaben* notwendig.

Diese lassen sich u. E. nur im weiteren *Ausbau der Wasserkräfte* im Sinne der besseren volkswirtschaftlichen Ausnützung unserer überschüssigen Sommerenergie zum Teil für Zwecke der Kohleneinsparung und der Winterheizung erreichen. Die technischen Vorschläge liegen vor. (Vorschläge Seehaus, Prof. Gasser u. a.) Aber die Durchrechnung dieser Vorschläge ergibt — auf der Basis privatwirtschaftlicher Rechnung und des herrschenden Zinsfußes — keine privatwirtschaftliche Rentabilität. Man rechnet mit den landesüblichen Preisen, dem landesüblichen Zinsfuß, den

üblichen Amortisationsquoten und den Vorkriegspreisen für die eingeführte Kohle. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich ein relativ niedriger Nutzungssatz für die Kilowattstunde aufgewandter elektrischer Energie, so daß die Kreise der Elektroindustrie und der Elektrotechnische Verein diese Projekte ad acta gelegt haben.

Und doch ist diese Rechenmethode falsch. Volkswirtschaftlich gesehen, bedeutet eine durch großzügigen Ausbau unserer Elektrizitätswirtschaft erreichte *Einsparung an Heizkohle* nicht nur eine Reduktion des Raubbaues an Naturkräften, sondern auch eine wesentliche Steigerung der Ergiebigkeit der nationalen Arbeitsleistung.\*) Denn es werden dadurch die Aufwendungen für die arbeitslosen Bauarbeiter eingespart, die Umlernungskosten werden reduziert, die Steuereinnahmen des Staates aus dem Baugewerbe sinken nicht, im Baugewerbe angelegte Kapitalien werden nicht vernichtet. Und die Leistungsfähigkeit der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft wird vergrößert, erhöht. Der Bau von großen Vorratsspeichern für die Nutzung der elektrischen Energie des Sommers für die Raumheizung im Herbst und Winter (während die noch notwendige Heizung mit Kohle auf die Frühjahrsmonate beschränkt werden könnte) darf ebensowenig wie der Bau von Straßen, Schulhäusern und andern Einrichtungen vom privatwirtschaftlichen Rentabilitätsstandpunkte abhängig gemacht werden. Die Frage: «Was ist rentabel?» erfährt eben eine ganz anders geartete Beantwortung, ob es sich um den privatwirtschaftlichen oder den volkswirtschaftlichen Standpunkt handelt.

---

\*) In einem interessanten Bericht über die wirtschaftliche Bedeutung der Wärmepumpe führte in der Technikbeilage der «N. Z. Z.» vom 10. Dezember 1941 Prof. Dr. Bruno Bauer von der E. T. H. unter anderem aus: «Wir müssen uns zunächst darüber verständigen, was unter «Wirtschaftlichkeit» zu verstehen ist... Nun hat aber jede einzelwirtschaftliche Maßnahme auch einen gemeinwirtschaftlichen Aspekt. Dieser weist etwa im Fall der Wärmepumpe auf den Vorteil der Verwendung landeseigener Energiequellen zur Wärmezeugung an Stelle des ausländischen Brennstoffs... Man muß als Gegenstück zur privatwirtschaftlich interpretierten Wirtschaftlichkeit auch von einer gemeinwirtschaftlich verstandenen Wirtschaftlichkeit einer technischen Einrichtung oder eines Verfahrens sprechen... *Die einseitige, einzelwirtschaftliche Definition der Wirtschaftlichkeit ist aus der vergangenen Epoche des ungehinderten freien Wirtschaftens entnommen worden.*» Wir sehen, Prof. Dr. Bauer deckt vollkommen unsere schon früher verfochtene Meinung, so auch, wenn er u. a. sagt: «Das Wärmepumpenwerk ist kein kriegsnotwendiges, rasch zu amortisierendes Uebel, *vielmehr die neue, auf den landeseigenen Energiequellen aufgebaute Wärmezentrale...*»

---

## Der Krieg im Pazifik

Von François Bernard

Mit Japans Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten und Großbritannien ist der endgültige Schlußstrich unter ein viele Jahrzehnte umspannendes und von dramatischen Wendungen erfülltes Kapitel gesetzt